Sonnabend, 26. November 1921. **Einzelnummer 15 Mark.** 60. Jahrgang. **Nr. 228.**

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.—M. Reklameteil 120.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Polen und seine deutschen Bürger.

Nr. 268 des „Kurjer Pozn." bringt gleich zwei größere Aufsätze, die sich mit den Deutschen in Polen beschäftigen. Der erste, an der Spitze des Satzes, beschäftigt sich mit den deutschen Ansiedlern und mit der Frage, ob das Gesetz vom 14 Juli 1920 im Widerspruch zum Vertrag von Versailles steht. Es ist selbstverständlich, daß der „Kurjer" diese Frage verneint und daß er keinen Widerspruch sieht zwischen der Tatsache, daß die Souveränität über das abgetretene Gebiet erst mit Inkrafttreten des Friedensvertrages an Polen überging und der Anwendung des am 14. Juli 1920 beschlossenen Gesetzes, das diesem Staate Souveränitätsrechte schon in einer vor Inkrafttreten des Friedensvertrages liegenden Zeit einräumt.

Was sich rechtlich gegen das genannte Gesetz und seine jetzige Anwendung sagen läßt, ist in der Eingabe des Ansiedlerausschusses der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes an den Völkerbundsrat und in der deutschen Protestnote an die Botschafterkonferenz zum Ausdruck gekommen und ist auch hier, im „Posener Tageblatt", wiederholt gesagt worden. Der „Kurjer Poznański" erkennt natürlich die dort angeführten Gründe nicht an. Er erklärt die deutschen Beschwerden für ungerechtfertigt und gibt den deutschen Ansiedlern den Rat, sie möchten sich von der deutschen Regierung entschädigen lassen. Er hält auch eine Hinausschiebung des Exmissionstermins über den 1. Dezember hinaus für unangebracht: eine solche Hinausschiebung, meint er, würde eine Beunruhigung unter der Bevölkerung hervorrufen. Der Aufsatz schließt:

„Wir müssen Sicherungen verlangen, daß das Mittel, das uns durch den Versailler Vertrag gegenüber den Ansiedlern in die Hand gegeben ist, auch wirklich angewandt wird. Die bisherige Praktik der obersten Behörden, die sich gegenüber den Deutschen schwach und nachgiebig erweisen, kann kein großes Vertrauen erwecken. Die öffentliche Meinung wird sorgfältig darauf achten müssen, daß unsere Diplomatie uns nicht die einzige Waffe aus der Hand windet, die wir zur Entdeutschung der Westgebiete Polens zur Verfügung haben."

Mit der Entdeutschung Polens beschäftigt sich in derselben Nummer des „Kurjer" auch der uns bereits wohlbekannte Generalstaatsanwaltschaftsrat **Kierski**, der vor kurzem noch unter dem Pseudonym „Civis" schrieb. In einem Aufsatz unter der Überschrift „Deutsche Loyalität" sucht er die gegen die polnische Entdeutschungspolitik erhobenen Vorwürfe durch einen Ausflug ins Geschichtliche zu entkräften. Er beschäftigt sich erst mit dem Verhalten Friedrichs des Großen, Friedrich Wilhelms II. und Friedrich Wilhelms III. den Polen gegenüber und führt den Aufruf des zuletzt Genannten an die Bewohner des Großherzogtums Posen (vom 15. Mai 1815) an. Dieser Aufruf lautete:

„Auch Ihr habt ein Vaterland und damit zugleich einen Beweis, daß ich Eure Liebe zu diesem Vaterlande respektiere. Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, braucht aber auf Eure Nationalität nicht zu verzichten. Eure Religion soll beibehalten werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigentum stehen unter dem Schutz des Gesetzes. Eure Sprache soll neben der deutschen Sprache im öffentlichen Verfahren gebraucht werden, und jeder von Euch wird je nach seiner Begabung Zutritt haben zu den öffentlichen Ämtern des Großherzogtums und zu allen Ämtern, Ehren und Würden meines Staates."

Herr Kierski fährt fort:

„Es ist schwer, anzunehmen, daß die Ernennung Flottwells zum Oberpräsidenten von Posen im Jahre 1830 ein Mittel war zur Verwirklichung der königlichen Versprechungen. Flottwell begann unverzüglich eine planmäßige Besiedelung des Großherzogtums, strebte nach Vermehrung des deutschen Besitztums und nach Stärkung des deutschen Bürgertums, führte aus dem Innern Deutschlands Arbeiter ein, denen er ausschließlich alle öffentlichen Arbeiten übergab. Die polnische Sprache, die neben der deutschen als gleichberechtigt behandelt werden sollte, wurde in Verwaltung und Gerichtspflege fast ganz beseitigt. Den Polen wurde es unmöglich gemacht, Ämter im Staate, besonders höhere Ämter, zu bekleiden. Mit einem Wort: An die Stelle der Erfüllung der im Aufruf des Königs gegebenen Versprechen trat die germanisatorische Unterdrückung. Der nächste König, Friedrich Wilhelm IV., folgte den Spuren seiner Vorfahren und erklärte nach seiner Thronbesteigung, er würde sogar den Schein vermeiden, als beabsichtigte er, das polnische Element zu Gunsten der Deutschen zu beeinträchtigen. Praktisch zeigte sich die Anwendung dieses Grundsatzes in einer ganzen Reihe antipolnischer Maßnahmen: Die polnische Journalistik wurde vernichtet, polnische Besitzungen kamen unter den Hammer, die polnische Liga wurde aufgelöst."

Der Verfasser wendet sich dann der jüngst vergangenen Zeit zu und versichert, die Klagen der Deutschen über die gegen sie gerichteten Maßnahmen der polnischen Behörden wären unberechtigt. Wenn es nach dem Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn" ginge, dann — sagt er — müßten noch ganz andere Methoden angewandt werden. Was die polnische Regierung jetzt mit den deutschen Ansiedlern und Pächtern tut, meint Herr Kierski, ist nichts anderes, als eine Wiedergutmachung des den Polen in deutscher Zeit angetanen Unrechts.

Wir werden uns erlauben, dem geschichtskundigen Deutschtumssachverständigen des „Kurjer Poznański" in den nächsten Tagen unsererseits einige geschichtliche Tatsachen entgegenzuhalten, die auf manches doch ein etwas anderes Licht werfen als das Licht, in dem Herr Kierski die Dinge sieht.

Die Wahlen für den neuen Sejm.

Der Seniorenkonvent hörte gestern unter Vorsitz des Marschalls **Trąmpczyński** und unter Teilnahme des Premiers **Ponikowski** den Text eines Schreibens an, in dem der Herr Ministerpräsident sagt: Da der Sejmmarschall den Termin für die Wahlen zum nächsten Sejm, die am letzten Sonntag des Monats März 1922 stattfinden sollen angesetzt hat, habe ich die Ehre mitzuteilen daß die Regierung der Ansicht ist in dem viermonatigen Zeitraum, der bis zu diesem Termin verbleibt, müßten auf jeden Fall folgende Gesetze angenommen werden: **1. über die Wahlordnung für Sejm und Senat, 2. über die einmalige staatliche Abgabe, 3. über Schritte zur Aufbesserung der staatlichen Finanzwirtschaft, 4. über die Vermögenszuwachssteuer während des Krieges, 5. über die einmalige Ausgleichssteuer, 6. die Novelle zum Gesetz über den Ausnahmezustand, 7. über die zeitweiligen Maßnahmen in Sachen einer Bekämpfung staatsfeindlicher Umtriebe, 8. über persönliche Ausweise, 9. über die Vereinheitlichung der Industriesteuer, 10. über die Ermächtigung des Finanzministers zur Erhöhung der unmittelbaren Steuersätze und 11. über die Stärkung der städtischen Finanzen.**

Ohne einstweilen die anderen Gesetze von erstklassiger staatlicher Bedeutung zu nennen, glaubt die Regierung, daß der Zeitraum von 5 Monaten der Sejmarbeiten es diesen gestatten werde, außer obigen Gesetzen auch noch eine Reihe anderer anzunehmen. Die Regierung rechne darauf, daß der Marschall sich in dieser Frage mit der Regierung verständigen und bestimmen werde, welche Gesetzentwürfe noch in diesem Schlußabschnitt der Sejmarbeiten zur Beratung kommen sollen.

Der Herr **Marschall** hält seinerseits die Erledigung des Gesetzentwurfes über die Selbstverwaltung der Wojewodschaften für notwendig.

Der Herr **Ministerpräsident** ergänzte hierauf noch den verlesenen Brief, indem er erklärte, daß es nicht schwer fallen werde auch noch andere Gesetzentwürfe anzunehmen, da die genannten elf Entwürfe zum Teil bereits von den Kommissionen bearbeitet worden seien.

Es ergriffen einige Abgeordnete das Wort, worauf auf Antrag des Abg. **Witos** beschlossen wurde, eine besondere Körperschaft zu bilden, der je ein Vertreter der einzelnen Klubs angehören soll, und Aufgabe in der Ausarbeitung eines Programms der Arbeiten, die der gesetzgebende Sejm zu erledigen hat, bestehen wird. Auf dieser Grundlage wird dann erst von einer Frist für die Neuwahlen gesprochen werden können.

Polen und Rußland.

Notenwechsel zwischen der russischen Gesandtschaft in Warschau und dem Außenministerium.

Aus Warschau wird gemeldet: Das **Außenministerium** hat eine Note folgenden Inhalts erhalten:

Die russische Gesandtschaft erlaubt sich, die Aufmerksamkeit des Ministeriums des Äußern auf die **völlige Unmöglichkeit** der Arbeitsbedingungen unter denen sie sich befindet, zu lenken die in Verbindung mit den unaufhörlichen Bemühungen der Agenten der polnischen politischen Polizei darauf gerichtet, unter den Mitgliedern unserer diplomatischen Gesandtschaft ein **illegales Vorgehen** und eine ebensolche Tätigkeit im Verhältnis zum polnischen Staate hervorzurufen. Der Kampf und die inneren Mittel, die wir zum Selbstschutz vor der Provokation unternehmen, erweisen sich als unzureichend. In den offiziellen Beziehungen mit der polnischen Regierung wird zuweilen auf die Illoyalität einzelner Gesandtschaftsmitglieder angespielt. Die Presse insinuiert und unterstreicht **zynisch** die Umzingelung unserer Gesandtschaft durch **Provokatorenagenten**. Die russische diplomatische Mission wandte sich wiederholt in einzelnen Fällen um Mitwirkung an das Außenministerium zwecks Verhaftung der tätigsten Provokatoren von der Art eines **Lesnobrodzki**; noch schädlicher sind jedoch die kleinen Agenten die offen in ihrer zersetzenden Arbeit zwecks Schaffung einer **feindlichen Atmosphäre** sei es als Gehilfen des Kommandanten oder als Kellner u. dgl. verharren. Unter den unwahrscheinlichsten Vorwänden erscheinen fast täglich bei einem unserer Mitarbeiter derartige Personen und bieten ihre Dienste an.

Die russische Gesandtschaft, die alle Maßnahmen für den Kampf mit dem **Provokatorentum** getroffen hat, bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß das Außenministerium ihr seinerseits seine Mitarbeit in diesem Kampfe nicht verweigern wird. — Warschau, den 1. November 1921.

Das Außenministerium erwiderte darauf, daß es sich an die kompetenten Behörden zwecks Beschützung der Vertretung vor den geschilderten Ausschreitungen gewandt hat. Abgesehen davon wiederholt das Ministerium seine Ansicht, die es bereits in dem Schlußabsatz seiner Note vom 19. Oktober d. Js. unter Nr. 7306 zum Ausdruck gebracht hat. — Warschau, den 18. November 1921.

Polnische Maßnahmen an Ostgrenze.

Dem **russischen Vertreter** in Warschau ist eine **Note** übermittelt worden, in der ihm mitgeteilt wird, daß von polnischer Seite alle Maßnahmen getroffen sind, um übertretende **Aufständische** an der ostgalizischen Grenze zu entwaffnen. Ebenso seien die polnischen Grenzgebiete ohne größere Schwierigkeiten von allen verdächtigen Elementen gesäubert worden. Die Note spricht die Hoffnung aus, daß auch auf **russischer Seite** ein gleiches geschehen werde.

Zu bemerken ist hierbei, daß Privattelegramme der polnischen Presse in den letzten Tagen von einer **Ausbreitung der Aufstandsbewegung** in der Ukraine und von einem Rückzuge der bolschewistischen Truppen in der dortigen Gegend melden. **Kamenecz** sei von Winicza abgeschnitten, der Aufstand habe die Gouvernements **Wolhynien, Cherson, Kiew** und **Podolien** erfaßt.

Der Schutz der Minderheiten.

In Brüssel tritt demnächst unter dem Vorsitz **Dickinsons** eine 15gliedrige Kommission zusammen, die im Sinne der Beschlüsse des Völkerbundes, die auf der Wiener Tagung im Oktober d. Js. gefaßt wurden, sich mit den Fragen des **Minderheitsschutzes in allen Staaten Europas** beschäftigen und Anträge für den im nächsten Jahre in Prag stattfindenden Kongreß vorbereiten soll. Die Veranlassung zu den Beratungen über den Minderheitsschutz gaben die Vertreter der **Deutschen in der Tschechoslowakei** durch ihre Beschwerden an den Völkerbund, sowie die österreichischen Delegierten, die während der Wiener Verhandlungen, offenbar auf Wunsch der Deutschen in Böhmen, diese Frage wiederum angeschnitten haben. In Brüssel wird sich Gelegenheit ergeben, über alle die Minderheiten betreffenden Fragen zu verhandeln und man wird hoffentlich zu einer gerechten Lösung derselben gelangen. So werden am besten gute internationale Beziehungen und eine größere Sicherung des Friedens herbeigeführt werden können. Auch die Frage der konfessionellen, speziell der jüdischen Minderheiten, werde aufgeworfen werden müssen.

Stillstand in Washington.

Der erste Akt der Abrüstungstragikomödie ist nun mit der Abreise **Briands** nach 14tägiger Arbeit beendet. Es ist dem großen Weltschauspieler nicht mehr ganz wohl jenseits des großen Teiches, da man auf amerikanischer und englischer Seite für seine Deutschenhetze nicht mehr das Verständnis zeigt, das er erwartet hatte. Seine Ausführungen über die furchtbare Gefahr, die Frankreich vom entwaffneten Deutschland drohe, hat man mit ungläubigem Lächeln quittiert und besteht auf der Abrüstung zu Lande auch durch Frankreich. Nun ist Briand von den Washingtoner Brettern verschwunden, und die Abrüstungsfrage ist **noch lange nicht gelöst**. Auch Japan weigert sich, auf die Hughesischen Vorschläge einzugehen. So hat es wohl kommen müssen, da es den Herren mit der Abrüstung doch nicht ernst ist. Die Sitzungen der Konferenz wurden auf unbestimmte Zeit vertagt.

Japan gibt nicht nach.

Den „Danziger Neuesten Nachrichten" wird aus London gemeldet:

Man bemerkt in **Washington** kaum, daß die Konferenz Fortschritte macht. In der **Abrüstungsfrage** sollen die **Japaner** nicht nachgeben. Sie sprechen schöne Worte, aber in Wirklichkeit sind sie unwillig. Nichtsdestoweniger hoffen **England** und **Amerika** die allgemeine Abrüstung zur See durchzusetzen. Die Fortschritte, die man gemacht hat, sind nur scheinbar. In der Frage des **Stillen Ozeans** ist zwar ein Antrag angenommen worden, worin Übereinstimmung mit **Chinas** Vorschlägen geäußert wird. Nach der „Agence Havas" sind darin folgende Punkte enthalten:

1. Die Vereinigten Staaten, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Holland und Portugal geben ihre feste Absicht kund, 1. die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale und Verwaltungsintegrität Chinas zu respektieren;

2. China die vollkommenste Möglichkeit und die vollkommenste Freiheit zu geben, sich zu entwickeln und eine feste und wirksame Regierung zu bilden;

3. ihren Einfluß darauf zu verwenden, daß der Grundsatz der Gleichheit für Handel und Industrie für alle Nationen auf dem gemeinsamen Gebiet Chinas sichergestellt wird;

4. sich zu verpflichten, aus den augenblicklichen Umständen keinen Vorteil zu ziehen, um Sonderrechte oder Privilegien zu verlangen, die den Rechten der Untertanen der befreundeten Staaten Abbruch tun könnten, sich aber auch jeder Handlung zu enthalten, die die Sicherheit der genannten Länder bedrohen könnte.

Von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet, ist das aber nichts weiter als eine Resolution, über deren bindende Kraft bisher noch keine einzige Delegation sich geäußert hat. Man bleibt fortwährend in dem ganzen Kreislauf, ohne daß jemand es wagt, einen bedeutenden Schritt in einer bestimmten Richtung zu tun. Eine treffende Kennzeichnung für den Charakter der Konferenz ist eine amerikanische Äußerung über die Montags-Sitzung: Wir haben heute drei Stunden lang eine Benefiz-Vorstellung gegeben, um Briand gegenüber Poincaré eine Position zu schaffen. Alle maßgebenden Politiker sind sich über die praktische **Wertlosigkeit** der Briandschen Rede einig.

Die **Kommission** für die Frage des **fernen Ostens** hat die eigentliche Diskussion über die politische und territoriale Intregrität Chinas begonnen. Der französische Delegierte Minister **Sarrault** hat die chinesischen Delegierten gebeten, vollkommen ihre Forderungen darzulegen, und auch die **Garantien** zu bieten als Gegenleistung für die Opfer, die die interessierten Mächte zu bringen bereit sind, besonders hinsichtlich der exterritorialen Rechte.

Englische Ablehnung der Rede Briands.

Nach einer Washingtoner Meldung sind die **britischen** Delegierten der Ansicht, **Briand** sei in seinen Aeußerungen bezüglich Deutschlands **zu weit gegangen** und er habe Frankreichs Bedrohung seitens Deutschlands sehr übertrieben.

Auch in **Londoner** Regierungskreisen hat die Rede **Briands** vielfach **Befremden** erregt, insbesondere die Angriffe gegen Deutschlands „disziplinierte Truppenmacht", worunter Briand offenbar die Schupo versteht, was man als den Tatsachen nicht entsprechend beurteilt. Man erwartet, daß von maßgebender deutscher Seite alsbald geantwortet werden wird. Auch in Kreisen der Londoner amerikanischen Botschaft wird auf die Notwendigkeit einer offiziellen deutschen Erklärung hingewiesen.

Der bekannte englische Schriftsteller **Wells** kabelt der „**Daily Mail**" über seinen Eindruck bei der Rede Briands, Frankreich **lerne nichts** und **vergesse nichts**. Das sei Frankreichs größtes Unglück. Die nackte Tatsache bleibe bestehen, daß Frankreich angesichts einer abgerüsteten Welt ein **großes Heer** bereithalte, und daß es sich energisch auf eine **neue kriegerische Unternehmung** in Europa vorbereite. **Um dies zu entschuldigen, habe Briand eine „märchenhafte" Darstellung über Deutschlands Vorbereitungen für eine Erneuerung der Feindseligkeiten vorgebracht.**

Dieses **Urteil** trifft auch durchaus zu, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Briands Behauptung, Frankreich habe bereits seine **Friedensstärke erheblich herabgesetzt**, eine Finte ist. Denn diese Herabsetzung der Friedensstärke ist keine Verringerung der **Kriegsstärke**; sie bedeutet nur eine Verminderung der Schlagfertigkeit der Armee, was bei der jetzigen Wehrlosigkeit Deutschlands unbedenklich ist. In der Auflösung einer Anzahl weißer Infanterie-Bataillone und Kavallerie-Regimenter (bisher 206 Infanterie-Bataillone und 23 Kavallerie-Regimenter) ist keine Abrüstung zu erblicken; denn ihr steht die **Neuaufstellung** anderer Truppen gegenüber. Es sind bis jetzt **neu aufgestellt 10 Tank-Regimenter und 13 Flieger-**

regimenter. Außerdem sind 200 Bataillone Farbiger mehr vorhanden als 1914. Das ist alles andere als Abrüstung.

Diese Stellungnahme der englischen Presse und der englischen Regierungskreise läßt jedenfalls erkennen, daß die ersten zustimmenden Worte Balfours zu dem Programm Briands doch wohl nur als eine Quittung für den rednerischen Erfolg des französischen Ministerpräsidenten, nicht aber als Richtlinien für die englische Politik anzusehen sind. Und auch die Lobeshymnen, die in französischen und amerikanischen Blättern auf Briand angestimmt werden, der „eine der größten Reden des Jahrhunderts“ gehalten habe, werden den französischen Ministerpräsidenten kaum darüber hinwegtäuschen können, daß der praktische Erfolg nicht gleichbedeutend mit dem rhetorischen Erfolge sein wird.

Die Forderungen der französischen Marine.

In einer Sondersitzung amerikanischer Politiker legte ein französischer Admiral die Forderungen der französischen Marine dar. Sie laufen im wesentlichen auf folgendes hinaus:

Die französische Flotte zählt etwa 225 000 Tonnen, wenn sie derselben Reduzierung unterworfen würde, wie die Flotten Amerikas, Englands und Japans, würde sie vollkommen wertlos werden. Frankreich benötigt zum Schutze seiner Küste eine Flotte, die an Stärke der japanischen gleichkommt und etwa 300 000 Tonnen umfasse. Frankreich verlangt vor allem, daß die für Amerika, England und Japan eintretende Baupause nicht auf Frankreich ausgedehnt werde. Frankreich wünscht in den ersten fünf Jahren Schiffe in Bau geben zu können, will sich jedoch verpflichten, vor 1931 keine Schiffe in Dienst zu stellen. Für Unterseeboote verlangte es die von Amerika vorgeschlagene Tonnage von 90 000 Tonnen.

Es verlautet, daß Amerika bereit wäre, diesen französischen Forderungen nachzukommen.

Briands Abschiedsrede.

Washington, 24. November. (PAT.) Briand nahm vor seiner Abreise nach Paris zum letzten Mal an der Sitzung der Abrüstungskonferenz teil. In seiner Abschiedsrede erklärte er, daß er es für die höchste Ehre seines Lebens ansehe, daß es ihm gestattet war, an der Washingtoner Konferenz teilzunehmen, deren günstige Resultate er betonte. Die herzlichen Erklärungen, die die Delegierte anderer Mächte Frankreich gegenüber öffentlich vor der ganzen Welt abgegeben haben, werden wahrscheinlich bewirken, daß Europa einen neuen großen Schritt auf dem Wege zum Frieden getan hat und die notwendige moralische Atmosphäre schaffen wird, ohne die an reale und entscheidende Arbeiten in dieser Richtung nicht zu denken ist. Gegenwärtig, so sagte Briand, kann niemand sagen, daß die Rüstungen Frankreichs eine Aktion des Angriffs bergen. Briand betonte noch einmal, daß die bisherige französische dreijährige Dienstpflicht auf die Hälfte herabgesetzt werden soll.

Der Staatssekretär Hughes, der Briand antwortete, sprach diesem für seine Tätigkeit die Anerkennung aus und erklärte, daß seine Abreise einen großen Verlust für die Arbeiten der Konferenz bedeute. Was immer die Konferenz noch während ihrer weiterer Arbeiten erzielen wird, so sagte Hughes, es wird darunter nichts sein, was in seiner Bedeutung die Bedeutung der denkwürdigen Sitzung überragen werde, in der Briand so ausführlich die Teilnehmer der Konferenz über die wirkliche Lage Frankreichs aufklärte. Alle Delegierten sind tief davon überzeugt, daß Frankreich friedlich gesinnt sei, und daß es nur in den Grenzen des Rechts über seine Sicherheit wachen muß. Hughes beendete seine Ansprache mit der Versicherung, daß Frankreich ein moralisches Kaltstellen nicht zu befürchten habe, weil es Freunde besitzt, die nicht vergessen, daß Frankreich für die Sache der Freiheit gekämpft und gelitten habe, und daß die Bande, die Frankreich mit den Vereinigten Staaten verknüpften, in diesem Augenblick stärker denn je sind. (So wird weiter geschmust! D. Red.)

Frankreich und Italien teilen Europa.

Wien, 25. November. Die Wiener Zeitung „Der Morgen“ will aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß im Juli dieses Jahres zwischen Frankreich und Italien ein Vertrag über die gegenseitige Abgrenzung der Interessensphären in Europa abgeschlossen worden sei, der in Paris schriftlich niedergelegt sei. Dieser Vertrag sehe zwei Interessensphären vor und bestimme, daß das ganze Gebiet der kleinen Entente, Deutsch-Österreich und Ungarn in die Interessensphäre Italiens falle. Hiergegen verpflichtet sich Italien zur wohlwollenden Unterstützung der Politik Frankreichs gegenüber Deutschland.

Aus Oberschlesien.

Die deutsch-polnische Grenzkommission.

Der „Glos Poranny“ vom 24. November bringt folgende Einzelheiten über die Tätigkeit der Grenzkommission, die er einer Unterredung mit dem Präses der polnischen Delegation, Grafen Szembek, entnimmt:

Nach dem vom Botschafterrat erhaltenen Befehl begann die deutsch-polnische Grenzkommission mit der Grenzfestsetzung in Oberschlesien. Die alte Zusammensetzung der Kommission verbleibt. Vorsitzender ist General Dupont. Es gehören ihr die alliierten Kommissare, der deutsche und der polnische Kommissar, an. Wie bekannt, wurde zum Vertreter des polnischen Kommissars, des Grafen Szembek, für die Grenzverhandlungen für Großpolen Czesław Andrzejewski, für Pommerellen Viktor Kulerski, für die Verhandlungen in Oberschlesien dagegen Herr Stanisław Kobylinski, ein Rechtsanwalt aus Hindenburg, berufen.

Die gegenwärtige Arbeit der Grenzkommission in Oberschlesien besteht in der Festsetzung der Grenze gemäß der Genfer Entscheidung, — die vorläufige Grenzlinie, die mit den Katastergrenzen der Gemeinden, die Polen beziehungsweise Deutschland zufallen, zusammenfällt. Die Kommission hält gegenwärtig möglichst genau an dieser Linie fest und führt nur minimale Änderungen ein, die von wirtschaftlichen Erwägungen unbedingt gefordert werden. Darum werden auch gegenwärtig keine eigentlich technischen Arbeiten ausgeführt. Auch findet keine Ausmessung des Gebiets und keine Bezeichnung der Grenzlinie durch dauernde Grenzpfähle statt. Die Linie wird durch Barrieren an Wegen und durch Strohbündel auf Feldern, Aufschriften auf Häusern, Mauern und Wänden markiert. Auf diese Weise wird die festgesetzte Grenze, die, wie schon oben gesagt wurde, mit den Katastergrenzen der Gemeinden läuft, als Grundlage zur Orientierung während der Besetzung des oberschlesischen Gebietes durch polnische Behörden, sowohl Zoll- wie auch Polizeibehörden, und bei der Räumung durch Deutschland dienen.

Es sind dies Vorbereitungsarbeiten, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu Neujahr beendet sein werden. Mit diesem Termin kann auch die Besetzung des Polen zuerkannten Gebietes durch polnische Behörden und das Zurückziehen der alliierten Kräfte aus dem ganzen Gebiet Oberschlesiens erfolgen. Aber nur für den Fall, daß bis zu dieser Zeit ebenfalls der Abschluß eines wirtschaftlichen Vertrages durch die betreffenden Kommissionen erfolgt, die sich gegenwärtig zu den einleitenden Verhandlungen in Genf befinden. Wenn also die Arbeit der Wirtschaftskommission, deren Vorsitz von polnischer Seite Olszowski, d. h. einem Manne übertragen wurde, der ausgezeichnet mit den wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut ist, wovon die von ihm im Namen Polens mit der deutschen Regierung geschlossene Transitvertrag zeugt, ebenfalls gegen Neujahr beendet sein werden, so sieht die Note des Botschafterrates für die polnische Besetzung, die deutsche Räumung und die Zurückziehung der alliierten Truppen einen Monat vor; es muß also angenommen werden, daß mit dem 1. Februar 1922 die Grenzkommission nach Übernahme der Polen zustehenden Gebiete durch den polnischen Staat zum zweiten Teil ihrer Aufgabe, d. h. zur endgültigen Festsetzung der Grenze, schreiten kann.

Es ist anzunehmen, daß am 1. Februar 1922 alle einleitenden Arbeiten durch beide Kommissionen beendet sein werden; einmal schon wegen des schnellen Fortschreitens der gegenwärtigen vorläufigen Arbeiten der Grenzkommission, dann auch, weil oberschlesische Großindustrielle damit rechnen, daß die Wirtschaftskommission Verträge im Verlaufe eines Monats abschließen müsse.

Am 1. Februar 1922 würden die polnische und deutsche Regierung die endgültige Grenzregulierung vornehmen. Die Arbeiten der Kommission würden dann auf der Befragung der Bevölkerung, auf Konferenzen, auf einem eventuellen Austausch (an der Möglichkeit eines solchen zweifelt Graf Szembek) der Grenzgebiete und der Festlegung der endgültigen Grenzlinie auf den Landkarten, endlich auf dem Ausmessen des Gebietes und dem Eingraben ständiger Grenzpfähle beruhen. Diese Arbeiten werden einige Monate in Anspruch nehmen. Was die Grenze zwischen Großpolen und Deutschland anbetrifft, so hat die Grenzkommission den polnischen bezw. deutschen Verwaltungsbehörden von zehn Abschnitten sechs überwiesen. Die übrigen vier Abschnitte werden diesen Behörden im Dezember bezw. im Januar 1922 überwiesen werden. Von den fünf Abschnitten, die die Grenze Polens gegen Ostpreußen bezeichnen, ist einer, der von der vorläufigen polnisch-litauischen Grenze bis Soldau läuft, den Verwaltungsbehörden überwiesen. Die Arbeiten in den drei Abschnitten von Soldau bis zum rechten Weichselufer sind im Gange und werden mit dem neuen Jahr beendigt sein. Der fünfte Abschnitt vom rechten Weichselufer bis zur Danziger Grenze wird den Verwaltungsbehörden im Winter oder im Frühjahr des nächsten Jahres überwiesen werden.

Wenn keine unvorgesehene Zwischenfälle eintreten, so ist anzunehmen, daß die Arbeiten der polnisch-deutschen Grenzkommission, einschließlich des oberschlesischen Gebiets, im Sommer 1922 beendet sein werden.

Calonder nach Oberschlesien.

Kattowitz, 24. November. Die „Kattowitzer Zeitung“ berichtet gemäß einer Nachricht der Telegraphenunion, daß der Vorsitzende der deutsch-polnischen Verhandlungen Calonder beabsichtigt, sich nach Oberschlesien zu begeben, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen.

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Zahlreiche Pariser Zeitungen beschäftigen sich heute morgen mit den deutsch-französischen Beziehungen. So schreibt der „Eclair“: „Nach seiner Rückkehr aus Washington wird sich Herr Briand über die Mittel auslassen, die angewandt werden sollen, um Deutschland zur Bezahlung seiner Schulden zu zwingen. Es handelt sich nicht mehr darum, zu wissen, ob Herr Wirth ein guter Republikaner ist. Es handelt sich vielmehr darum, die Summen zu erhalten, die notwendig sind, um das Gleichgewicht unseres Staatshaushaltes sicherzustellen.“

Der „Figaro“ führt aus: „Um Deutschland zur Zahlung zu zwingen, wird man einen energischen Druck ausüben müssen. In England scheint man geneigt zu sein, die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen mit Deutschland zu beschleunigen, um dem Sturz der Mark Einhalt gebieten zu wollen, selbst wenn es durch die Revision des Londoner Ultimatums sein sollte. Unter diesen Umständen wird also Frankreich gezwungen sein, allein zu handeln.“

Die „République française“ beschäftigt sich mit dem Versailler Vertrag und mit der Politik, wie sie nach dem Waffenstillstandsvertrage getrieben wurde. Sie schreibt: „Heute, wo die Zensur und der Belagerungszustand aufgehoben sind, kann man feststellen, daß eine der traurigsten Folgen des Versailler Vertrages die Notwendigkeit ist, ein siegreiches Volk gegenüber einem besiegten Volk in Waffen zu halten. Wenn der Versailler Vertrag und die Politik, die nach dem Abschluß des Vertrages getrieben wurde, der Welt den Völkerfrieden gegeben hätte, so würden wir heute nicht gezwungen sein, die Hüter des Friedens spielen zu müssen.“ —

„Spielen“ ist die in der Tat einzig richtige Bezeichnung!

Die Reparationen.

Der Präsident der Reparationskommission Dubois ist aus Berlin in Paris eingetroffen. In seiner Begleitung befindet sich Bradbury, das englische Mitglied der Kommission. Über das Resultat der Verhandlungen befragt, erklärte Dubois, daß er getan habe, was möglich war, um Deutschland zu veranlassen, die Reparationsforderungen zu erfüllen. Die Reichsregierung scheine entschlossen zu sein, die Entente zufrieden zu stellen.

Der Korrespondent der „Times“ kündigt an, daß die Alliierten auf Grund der Prüfung der Lage Deutschlands gewisse Vorschläge bezüglich der Finanzpolitik und der Besteuerung vorbringen werden, wodurch die Andeutung von Bradbury beleuchtet wird, daß die Kreditaktion derartige Maßnahmen voraussetze.

„Daily Mail“ meldet, daß man in offiziösen Kreisen glaubt, Deutschland könne im nächsten Jahre den Zahlungstermin nur mit größter Gefahr für seine eigene finanzielle Sicherheit und nur mit großer Gefahr für seine Nachbarn innehalten. Aus diesem Grunde soll jetzt schon feststehen, daß Deutschland in Kürze wegen Aufhebung seiner sofortigen Verpflichtungen anfragen würde, und daß dieser Bitte stattgegeben werde.

Wirths Brief an die Kommission.

Nachdem alle Besprechungen mit der Reparationskommission keinerlei Änderung in der Anschauung der Kommission über die Leistungsfähigkeit Deutschlands erreichen konnten, hat der Reichskanzler einen Brief an die Kommission gerichtet, in dem er die feindliche Kommission um Unterstützung bittet.

Das Schreiben lautet: „Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht dem Sinne der Bestimmungen des Zahlungsplanes von London entspricht, zur Aufbringung der Jahresannuitäten zu dem Mittel des Kredits zu greifen. Sie ist aber, um einen Beweis ihres guten Willens zu geben, bereit, eine solche Kreditoperation vorzunehmen. Für die Frage, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden würde, kommt es in

---

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(Schluß.)

27. Kapitel.

Wochen sind vergangen. Wieder geht die Sonne unter. Und ein Glühen zieht über die Bergkuppen nah und fern, — ein wundersam leuchtendes. Wie in Gold getaucht steht die ganze Karwendelgruppe und die stolze Kette des Wetterstein. Winkend steht die Dreitorspitze, — lockend, — gleißend. Den stillen Wiesenweg von Graseck her zum Rainthal kommt ein Mann geschritten, ernst, sonnengebräunt. In der Tiefe rauscht die Partnach, aus den Wiesen steigen die Abendnebel. Das Glühen da oben wird matter und matter, jetzt hüllt die Dämmerung alles in ihren weichen Mantel ein. Hinab steigt der Mann von den Wiesen, wo die Grillen zirpen, in den dunklen Waldesschatten. Langsam geht es bergab, deutlicher hört man die Partnach brausen da unten. Wo sich die Wege kreuzen, die von Graseck und vom Rainthaler Hof hinabführen nach Partenkirchen, steht auf halber Berghöhe mitten im Walde eine Bank dicht vor der Klamm. Müde setzt sich Ernst Rainer darauf nieder, — schwer, — freudlos.

Er hat Erholung gesucht in den Bergen nach seiner harten, rastlosen Arbeit. Er hat sie nicht gefunden. Denn seine Seele leidet. Einsam ist er in die Berge gegangen, Einsamkeit suchend. Sorgsam alle Adressen fälschend, alle Spuren verwischend, die seinen Aufenthalt verraten können. Da oben in tiefster Bergeinsamkeit, im Rainthaler Hof, abseits der großen Heerstraße, unter Tannenrauschen und Alpenrosen lebt er dahin, Tag für Tag, — ohne Freude, ohne Lust. Und wie er so sitzt hier auf der einsamen Waldbank, fliegen seine Gedanken zurück in die Vergangenheit. An seine Jugend denkt er, an seine Liebe. So zwecklos kommt ihm sein Leben vor, — so nutzlos. Weil ihm das Beste darin fehlt. Er denkt nicht an seine Klinik, an seine große, segensreiche Tätigkeit, an die jubelnden Augen und dankbaren Herzen seiner Kranken, — er denkt an sein Weib. An sein Weib, nach dessen Seele er gesucht, seit er sie kennt. In die er tiefer und tiefer hineingeblickt hat, bis er das eine gefunden, die große, eisige Leere. Doktor Rainer schauert zusammen. Er stützt den Kopf in die Hand und stöhnt. Er weiß, woran er leidet, er weiß, woran er zugrunde gehen muß. Er weiß, daß er krank ist. Daß er ein armer, armer Arzt ist, der sich selber nicht helfen kann. Denn noch immer — trotz allem liebt er Gisela, — liebt er die Frau, die doch keine Seele hat.

Den Weg herauf von der Klamm her kommt ein Mensch. Er kann im Dämmerlicht noch nicht erkennen, ob es ein Mann oder eine Frau ist. Langsam, keuchend steigt die Gestalt die steilen Stufen zu ihm empor. Sie scheint hier fremd zu sein, fragend sieht sie sich um auf dem Kreuzweg.

Dann tritt sie auf ihn zu:

„Komme ich hier zum Rainthaler Hof?“

Ernst Rainer greift sich an die Stirn und springt auf. Äfft ihn ein Spuk?

Gehen Geister um spät abends vor der Partnachklamm?

Er stürzt auf sie zu und reißt ihr die Kapuze des Lodenmantels vom Kopf, die noch naß ist von der Klamm.

O, das weiße Gesicht!

O, die rotblonden Haare!

„Gisela,“ schreit er auf, — „um Gott, — Gisela, wie kommst Du hierher?“

Einen Augenblick sieht sie ihn an, — überrascht, — sprachlos.

Dann sinkt sie in die Knie.

„Stoß mich nicht fort, Ernst, um Gott, — stoß mich nicht fort! O, ich war schlecht, Ernst, so schlecht, daß Du mich verachtet hast. Denn ich habe mit Euch gespielt, — mit Euch allen, — mit Eurem Glück. Bis ich darüber auch mein Glück verspielte. Und nun habe ich solchen Hunger danach. Ernst, solchen, heißen, sehnsüchtigen Hunger! O, Ernst, kannst Du mir nicht verzeihen? Kannst Du mich nicht wieder lieb haben?“

Sie lag noch immer in den Knien vor ihm.

Er sah auf sie herab, — wie im Traum, — so als begriffe er nicht. Dann öffnete er langsam die Lippen.

„Du hast mich gesucht, Gisela? Du bist gekommen zu mir, den weiten Weg? Du hast mich ausfindig machen können, — Du?“

Ein Zittern ging durch seinen Körper. Er beugte sich herab zu ihr und hob sie auf.

„Gisela, — um Gott, — warum tust Du das alles?“

Sie hob ihr tränenüberströmtes Gesicht.

„Weil ich Sehnsucht hatte nach Dir.“

Da riß er sie an sich, — wild, — heiß, — jauchzend.

„Gisela! o Du, — o Du! Aber woher kommt das plötzlich? Wer hat das geweckt in Dir, das, — das — was verschüttet lag in Dir seit Jahren? So, daß ich glaubte, Du hättest keine Seele mehr? Sag, Gisela, — wer tat das?“

Sie legte ihr Haupt an seine Schulter und sagte leise: „Lies Rainer.“

Tief im Grund aber raunte noch immer die Partnach, — süß und heimlich.

Da küßte Ernst Rainer sein Weib wie er es seit Jahren nicht geküßt. In ihren Augen aber las er etwas, das er noch nie darin gelesen, das war so rein und tief und glücklich und hieß Liebe.

Da hatte Ernst Rainer endlich die Seele seines Weibes gefunden. — — — — — — — — —

An den Dünen rauschte das Meer, — unermüdlich, — tausendstimmig.

Auf der uralten Steinbank unter den Buchen sitzen Knut und Lies, Hand in Hand. Über den Dächern von Nilmer geht der Vollmond auf. Der wirft sein weißes Licht auf Busch und Baum, auf Sand und Wasser. Ein Kahn fährt unten vorüber, langsam, gleitend, die Fischer stechen in See, ihre Netze auszuwerfen. Ein wunderbar weiches Lied singen sie dabei, — leise, — eintönig.

Über das stille Wasser schweben die Klänge hinauf zu den beiden auf der Steinbank.

Da legt Knut den Arm um sie und zieht sie fester an sich. Lies aber sieht auf und schaut ihm in die Augen. Höher steigt der Mond.

Und ihre Seele singt leise, leise die Worte mit ihm, die die Fischer da unten singen:

„Över de stillen Straten
Geit klar de Klokkenslag;
God Nacht! Din Hart will slapen,
Und morgen is ok en Dag. —
Din Kind liggt in de Weegen,
Und ik bün ok bi di;
Din Sorgen und din Leven
Is allens um un bi.
Noch eenmal lat uns spräken:
Goden Abend, gode Nacht!
De Mond schient ob de Däken,
Uns Herrgott hält de Wacht.“ —

erster Linie auf die Vorschlage desjenigen an, der das Geld herleihen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei zu unterstützen. Sie fühlt sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Rückzahlung des Kredits eine außerordentlich schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reiches entstehen wird, und sie erwartet von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird."

Dr. Wirth über die Reparationen.

Im Steuerausschuß des Deutschen Reichstages sprach der Reichskanzler am Dienstag eingehend über die **Reparationsfrage**. Die Reparationskommission habe in Berlin lediglich die Sicherheiten für die Goldzahlungen von Januar und Februar feststellen wollen, aber das große Problem der Reparation nicht erörtert. Auch über ein **Moratorium** zu verhandeln, hat die Reparationskommission abgelehnt. Dagegen hat sie mit großer Aufmerksamkeit die **Kreditaktion** der deutschen Industrie verfolgt.

Der Reichskanzler erwähnte dann die von der Industrie gestellten Bedingungen, zu denen die Regierung in wenigen Tagen Stellung zu nehmen gedenke. Es sei unmöglich, die Bedingungen mit der Bemerkung abzutun, es seien politische Unmöglichkeiten. Die Regierung werde positive Maßnahmen mitteilen, am liebsten in der Plenarsitzung des Reichstages. Die Regierung habe die **Kreditaktion** nach zwei Seiten gefordert, nämlich durch die Bereitwilligkeit gewisse Bürgschaften zu übernehmen und durch Sondierung des Geldmarktes bezüglich eines langfristigen Kredits. Die Schritte seien noch nicht abgeschlossen. Die Kreditaktion werde durch eine Betonung und Vertiefung der Bedingungen, die die Industrie gestellt habe, nicht erleichtert. Die Regierung stelle das Positive in den Vordergrund, nämlich das Reparationsproblem. Die Kreditfrage sei verknüpft mit dem Ausgang der Washingtoner Konferenz. Es handelt sich darum, daß freie Gelder auf dem Weltmarkte nicht in den großen Abgrund des Wettrüstens hineinrutschten. Der Reichskanzler gehe aber einer Kreditaktion auf lange Sicht mit einer Zuversicht entgegen, falls in Washington eine Klärung möglich wäre.

Die Regierung sei bereit, auch einen **Mittelweg** zu gehen zwischen einem langfristigen und kurzfristigen Kredit. In Frage komme, daß die Industrie vielleicht unter gleichzeitiger Förderung der Kreditaktion auf lange Sicht einen Vorschuß erhalten könne, der zur Abdeckung der Januar- und Februar-Verpflichtungen herangezogen werden könnte. Der Reichskanzler rechtfertigte, daß die Regierung in der Vergangenheit einen kurzfristigen Kredit von 270 Millionen angenommen habe. Gerade diese Aktion habe die Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Folgen vertieft; aber für die Zukunft sei dieser Weg eines kurzfristigen Kredits nach der eingetretenen großen Katastrophe für die deutsche Mark jetzt nicht mehr möglich. Wenn wir einen Kredit zur Zahlung der Januar- und Februar-Raten, falls sie in Gold gezahlt werden müßten, aufnehmen müßten, wäre das für unsere Währung absolut ruinös. Die Erkenntnis, daß ein solcher Kredit nichts bedeute, sondern im Gegenteil nur Ruin schafft, sei auch bei der Reparationskommission vorherrschend.

Der Reichskanzler wolle die Kreditaktion mit der Industrie gemeinschaftlich führen. Er sei nicht in der Lage, die Probleme der Kreditaktion mit den übrigen von der Industrie gestellten Fragen zu verbinden. Die Reichsregierung werde ihren Weg gehen, auch wenn die Industrie nicht folgen sollte. Sie nehme aber an, daß die Industrie neben ihr marschieren werde auf dem Wege zu einem Kredit, wenn auch nicht auf lange Sicht, so doch zu solchen Bedingungen, die nach menschlicher Voraussicht eine ökonomische Grundlage haben.

Weiter berichtete der Reichskanzler: Ein Mitglied der Reparationskommission habe erklärt, es müßte ein leichtes sein für die deutsche Industrie, durch ihre Guthaben im Auslande den fraglichen Betrag von 500—600 Millionen Mark sofort zu entrichten. Der Kanzler habe demgegenüber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, diese Guthaben festzustellen. Er habe angeregt, daß die Industrie durch eine freiwillige Tat einen Kredit zur Verfügung stelle. Nur ein solches deutlich sichtbares Opfer könne seiner Auffassung nach auch zur Beruhigung der innerpolitischen Lage beitragen. Die Reise Stinnes nach London sei die Reise einer Privatperson, auf die die Reichsregierung keinen Einfluß habe.

Hugo Stinnes Pläne.

Der Berichterstatter des „Petit Parisien" in Berlin glaubt über die Absichten Stinnes in London folgendes mitteilen zu können

Der deutsche Großindustrielle will in London das Projekt der Schaffung eines internationalen Konsortiums vorschlagen das die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Rußlands bearbeiten soll, an dem außer England und Deutschland auch Frankreich und die Vereinigten Staaten interessiert sein sollen. Das Reparationsproblem wäre in diesem Angebot eines internationalen Trustes eingeschlossen. Frankreich würde in diesem Unternehmen eine privilegierte Stellung angeboten werden. Stinnes ist der Ansicht daß die russischen Pläne ihm erlauben würden. Frankreich ein Aequivalent für die Lieferungen in bar und in natura anzubieten, die Deutschland nach seiner Meinung nicht mehr durchführen kann. Stinnes hatte, bevor er Berlin verließ, lange Unterredungen mit dem Sowjetgesandten in Deutschland, Dr. Prepzinski.

Politische Tagesneuigkeiten.

Abbruch der englisch-ägyptischen Verhandlungen. Der ägyptische Premierminister Adly Pascha und die Mitglieder der ägyptischen Delegation sind von London nach Paris abgereist. Aber es ist kein Zweifel, daß die englisch-ägyptischen Verhandlungen resultatlos abgebrochen sind. Nach einem Telegramm aus Kairo ist der Abbruch mit wenig Ueberraschung aufgenommen worden.

Wenn auch über verschiedene Fragen Meinungsverschiedenheiten herrschen, ist der Abbruch der Verhandlungen hauptsächlich der britischen Forderung zuzuschreiben, britische Truppen in den meisten Städten zu behalten. Die Ägypter wollen England das Recht verleihen, den Suezkanal zu schützen, aber das Weiterbestehen von englischen Garnisonen in den meisten Städten ist mit der ägyptischen Unabhängigkeit nicht zu vereinbaren.

Rücktritt des chinesischen Kabinetts. In China sind wegen der Finanzkrise sämtliche Minister zurückgetreten.

Deutsches Reich.

** **Das Kommunistenblatt „Der Rote Kurier" beschlagnahmt.** Das Blatt der Kommunisten für den Bezirk West-Sachsen „Der Rote Kurier" ist wegen eines Artikels, der lebhafte Angriffe gegen die Regierung enthält, beschlagnahmt worden.

** **Gegen die Privatisierung der Eisenbahnen.** Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Angestellten hatte am Sonntag in Berlin und Potsdam Versammlungen einberufen, um gegen das Kreditangebot der Industrie und die Umwandlung der Eisenbahnbetriebe zu protestieren. Nach Ausführungen des Gewerkschaftlers Thürau und des Abgeordneten Deglert betonte Dr. Sarter vom Reichsverkehrsministerium, daß man bei einiger Zusammenarbeit der Verwaltungen und des Personals auch ohne die Industrie auskommen könne. Im übrigen wünsche der Reichsverkehrsminister im Verwaltungsrat selbst mit Herren aus der Industrie zusammenzuarbeiten. In einer zum Schluß angenommenen Entschließung wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß das Reich sich allen Privatisierungsbestrebungen widersetzen werde. Die Eisenbahner würden niemals vom Berufsbeamtentum lassen und diese Forderung auch mit den letzten gewerkschaftlichen Mitteln aufrecht zu erhalten wissen. — Wie mitgeteilt wird, wird über die Verhandlungen der deutschen Regierung mit der deutschen Industrie über die Kredithilfe und über die Forderungen in bezug auf die Eisenbahnen beiderseits Stillschweigen gewahrt.

Aus der polnischen Presse.

Der „Dziennik Bydgoski" begrüßt in einem Leitaufsatz die Ausführungen des Ministerpräsidenten Ponikowski über die Notwendigkeit einer stärkeren Mitarbeit der Intelligenz und schreibt unter anderm: „Die seit Jahren in die Ecke gestellte polnische Intelligenz kehrt auf die ihr in einem Kulturvolk zustehende Stelle zurück. Sie, die das Volk während der ganzen Zeit der Knechtschaft führte, die den polnischen Nationalgeist bis zum äußersten verteidigte, die das Licht der Aufklärung immer und überall hintrug, — diese stillste, nicht streikende, fast vergessene Volksschicht findet jetzt wieder Gehör. „Ich möchte den Geist der Intelligenz heben. Ich fordere die Intelligenz zur Teilnahme an der politischen Arbeit auf, und das Ergebnis ihrer Mitarbeit wird bei den kommenden Wahlen notwendigerweise die Wahl einer größeren Anzahl von wertvollen Personen sein, die durch ihr Wissen und ihre politische Erfahrung dem Sejm Nutzen bringen werden." Gloria in excelsis Deo! Endlich ist man sich einmal darüber klar geworden, was den Wert des Sejms darstellt. Der Mangel an geschulten und gebildeten Leuten hat sich bei uns äußerst fühlbar gemacht. Der künftige Sejm darf keine Ähnlichkeit mit dem bisherigen haben. Wir brauchen Leute, die sich nicht von der Parteidemagogie einfangen lassen, Leute, die immer mit Überwindung ihrer selbst unter das Volk gehen, Leute, deren Verstand und Herz sich seit Jahren quält und die über die Lösung der schmerzlichsten Aufgaben unserer Existenz nachsinnen, Leute, die manchmal in Kälte und Hunger mit einem von Patriotismus übervollen Herzen die fremden Nationen prüften und prüfen und die sich bemühten und bemühen, die harte, aber so dankbare Pflicht des Dienstes für den Staat einzuimpfen. Die Fernhaltung der Intelligenz vom politischen Leben würde für unser Volk einen großen Rückschritt bedeuten. Gibt es heute noch jemand, der sein Vaterland von ganzem Herzen liebt, und der doch den Zustand von gestern herbeiwünscht?"

*

50 Prozent Analphabeten in Polen. In einigen polnischen Blättern sind Berichte zu lesen über die fünfte Aufklärungskonferenz in Lemberg. Dort hielt Herr Kornilowicz einen Vortrag über den Stand der Bildung in Polen, dessen Kernpunkt die folgenden Zahlen bilden: im Posener Bezirk (Großpolen) gibt es 2 Prozent Analphabeten, in Schlesien 5 Prozent, in Galizien 40 Prozent, in Kongreßpolen 57 Prozent, in den Ostgebieten 61 vom Hundert. Im Durchschnitt hat Polen 50 Prozent Analphabeten, — während es in Frankreich ihrer nur 3 Prozent gibt, in England nur 1 Prozent (in Deutschland, das von dem polnischen Blatte nicht genannt wird, nur 0,05 Prozent). In Kongreßpolen wurden von 2 Millionen Kindern im Alter von 7 bis 14 Jahren nur 430 000, also 21 vom Hundert, dem Schulunterricht zugeführt.

Republik Polen.

† **Der österreichische Gesandte in Warschau hat am Donnerstag** im Belvedere in Anwesenheit des Ministerpräsidenten dem Staatspräsidenten die Beglaubigungsschriften überreicht.

† **Hilfsaktion für Rußland.** Das Außenministerium hat für den 29. November eine Konferenz in der Hilfsangelegenheit für das hungernde Rußland einberufen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 25. November.

Eine wichtige Entscheidung.

In unserer Mittwochausgabe veröffentlichten wir die „grundsätzlich wichtige Entscheidung zur Sprachenfrage", die der Posener Bezirksausschuß in der Angelegenheit der Lissaer Kreuzkirchengemeinde gefällt hat. Die höchste Verwaltungsinstanz hatte darnach die Forderung des Lissaer Starosten, daß die Gemeinde die deutschen Inschriften am Evangelischen Gemeindehause entfernen lassen müßte, für rechtsungültig erklärt.

Dieses Urteil ist von weittragender Bedeutung. Wir erinnern uns noch alle, wie der Kampf der Polen gegen die deutschen Inschriften aufgenommen wurde. Ueberall drohte man mit gewaltsamem Vorgehen, hohen Geldstrafen usw., wenn die deutschen Inschriften an Schulen, privaten Häusern, Geschäftslokalen, Wagenschildern usw. nicht sofort entfernt würden. Und man drohte nicht nur, sondern entfernte sie auch tatsächlich, wobei man noch die Verschiedenartigkeit gleichgestellter Behörden in der Behandlung dieser Frage feststellen konnte. Während z. B. das eine Polizeikommissariat in Posen die Entfernung der deutschen Inschriften mit allem Nachdruck verlangte, ließ das andere diese Inschriften unbehelligt. Mancher Deutsche hat sich durch diese Art des Vorgehens einschüchtern lassen. Den Deutschen ist damals gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß es sich hier um ein gesetzloses Vorgehen handelte. Gewohnt, Anordnungen von oben her zu befolgen, haben auch hier die Deutschen sich als gehorsame Diener des Staates bewiesen. Keiner ist auf den Gedanken gekommen, daß es sich hier um ein rechtlich unbegründetes, keckes, schneidiges Vorgehen handelte. Darum gebührt der Kreuzkirchengemeinde zu Lissa der Dank aller Deutschen in den abgetretenen Gebieten. Haben sie doch augenscheinlich zum ersten Mal den Mut gehabt, eine gerichtliche Auseinandersetzung über diese Frage herbeizuführen. Vor allen Dingen ist der letzte Satz der Urteilsbegründung der Angelpunkt, um den sich alles dreht: „Es gibt keine Bestimmung, wonach jemand gezwungen werden kann, eine polnische Inschrift anzubringen. Jeder kann seine Firma oder eine sonstige Angabe in der Sprache machen, die ihm beliebt."

Vier Stockwerk hoch abgestürzt.

Ein tragischer Vorfall hat sich gestern Abend in der elften Stunde im Hause ul. Szewska 14 (fr. Schuhmacherstr.) zugetragen. Dort bewohnte im vierten Stock der 28 Jahre alte verheiratete Dachdecker Johann Nowak, Vater zweier unmündiger Kinder, eine Hofwohnung von einem Zimmer. Nowak ist schon seit fünf Monaten arbeitslos und nahezu ohne jede Existenzmittel, er lebte daher mit seiner Familie in der denkbar traurigsten Lage und Schmalhans war schon seit Monaten in der Familie Küchenmeister. Gestern Abend kehrte Nowak mit seiner Frau vom Besuche seines Bruders zurück. Im Hause bat er seine Frau voranzugehen, er würde sofort nachkommen. Als er den vierten Stock erreicht hatte, öffnete er das Flurfenster, schwang sich hinaus und wollte sich an der Dachrinne auf das Dach emporziehen, um so zu einem Taubenschlage des Hauswirts zu kommen und sich Tauben für sich und seine hungernde Familie anzueignen. Kaum hatte er sich jedoch an der Dachrinne angeklammert, als diese sich von der Mauer losriß, so daß Nowak die vier Stock auf den Hof hinabstürzte, wo er mit völlig zerschmetterten Gliedern sofort tot liegen blieb. Die Frau steht mit ihren beiden, vier Jahre und neun Monate alten Kindern verwaist und mittellos da. Wenn je das Mitleid sich regen muß, so ist es hier der Fall, wo ein Mann und Vater hungernder Kinder sich dazu hinreißen läßt, aus Verzweiflung eine an sich strafbare Handlung zu begehen, und zwar, wie wohl angenommen werden darf, zum ersten Male, da er bisher noch nicht einmal vorbestraft ist. Sollten sich nicht die Herzen und die Geldbeutel so manches Mitbürgers öffnen, um der in denkbar traurigster Lage befindlichen, so plötzlich ihres Ernährers beraubten Familie zu helfen?

X **Ephorenkonferenz.** In Verbindung mit der Provinzialsynode findet in der nächsten Woche eine Versammlung der Superintendenten statt (sogenannte „Ephorenkonferenz") unter Leitung des Generalsuperintendenten D. Blau mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission über Vereinheitlichung des Kirchengebietes über ihre Arbeit a) betreffend Konfirmationsordnung, b) betreffend Visitationsordnung. 2. Gewinnung und Ausbildung geeigneter Hilfskräfte zur Versorgung verwaister Gemeinden. 3. Seelsorge an Seelsorgern. 4. Optionsfragen. 5. Vorlagen zur Landessynode. 6. Verschiedenes. Die Ephorenkonferenz beginnt am Montag, 28. d. Mts. nachm. 4 Uhr, ebenfalls im Evangelischen Vereinshause zu Posen.

Danziger Privat-Aktienbank. In der am 22. d. Mts. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde auf Antrag der Verwaltung beschlossen, das Kapital der Bank von 30 Millionen Mark auf 50 Millionen Mark zu erhöhen. Die 20 Millionen Mark junge Aktien, die vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigt sind, werden von der Berliner Handelsgesellschaft Berlin, übernommen und den alten Aktionären zum Bezuge von 170 Prozent angeboten, derart, daß auf 3000 M. alte Aktien 2000 M. junge Aktien bezogen werden können. In den Verwaltungsrat der Bank wurden Senatspräsident Sahm, Danzig, und Rittergutsbesitzer von Zitzewitz Muttrin, Kreis Stolp i. Pommern neu gewählt. In der auf die außerordentliche Generalversammlung folgenden Aufsichtsratssitzung wurde die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Semester 1921 vorgelegt, die befriedigende Ziffern aufweisen. Auch im zweiten Semester dieses Jahres haben sich die Geschäfte weiter gut entwickelt.

X **Deutsch-naturwissenschaftlicher Verein.** Im Rahmen der volkstümlich-wissenschaftlichen Vorlesungen findet übermorgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr eine Führung durch die naturwissenschaftliche Abteilung des Großpolnischen Museums (fr. Kaiser Friedrich-Museum) statt. Die Teilnehmer treffen sich um 9¾ Uhr im Vorraum des Museums. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen werden gemeinsam gelöst. Führung Lehrer Thum. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten, da später durch den regen Besuch an Sonntagen eine geschlossene Führung sehr erschwert ist.

hm. **Buk**, 24. November. Hier wurde die 104 Jahre alte Frau Malinowska nach längerem Krankenlager zur letzten Ruhe bestattet; das alte Mütterchen hat ihre letzten Jahre im katholischen Spital verbracht. — Die in den Kriegsjahren hier erbauten Baracken des damals hier untergebrachten Pferdelazarets werden jetzt durch ein Pionierkommando abgebrochen und sollen anderwärts für militärische Zwecke Verwendung finden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	25. November	24. November
Bank Związku I—IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy Poznań I—VIII	360 + N	350 + N
Hurtownia Związkowa	140 +	135 + N
Hurtownia Drog.	130 +	130 + N
Kwilecki, Potocki i Ska. I—VI	220 + N	220 +
Bank Ziemian I—III	—.—	220 +
R. Barcikowski I—IV em.	190 + N	195 + A
R. Barcikowski V em.	165 +	—.—
Centrala Skór I—III (exkl. Kup.)	350 + N	360 + N
Homosan I—II	—.—	200 +
Dr. Roman May I—III	430 + N	425 + N
" " IV	410 + N	400 + N
Patria	350 + N	350 + N
Pozn. Spółka Drzewna	—.—	1200 + N
Cegielski I—VII em.	220 A	220 + A
Wytwornia Chemiczna	190 + N	195 +

Inoffizielle Kurse:	25. November	24. November
Bank Poznański	—.—	125—130 + A
Bank Przemysłowców	210 + N	210 + N
Bank Zjednoczenia	210 + N	—.
Iri	120 + N	120 +
Lloyd Wielkopolski	—.—	160 + A
Hartwig Kantorowicz	—.—	570—560 + N
Wagon Ostrowo	155 + A	155 + A
Wisla	—.—	765 + N
Herzfeld Viktorius (exkl. Bezugsrecht)	—.—	260 + A
Bentzki	—.—	500—490 + N
Wielk. Huta Miedzi	—.—	225 + N
Pneumatik	—.—	145 + A
Sarmatia	350 + A	350 + A
Orient	—.—	180 + A
Arcona	400—390 + N	400 + A
Trie	—.—	180 + N
Wyroby Ceramiczne Krotoschin	140 +	—.—
Lucjan Nowiński	550 + A	—.—

Amtliche Notierungen der Getreidebörse (Giełdy Zbożowej) in Posen vom 25. November 1921.

(Die Großhandelpreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	10 500—11 500	Roggenmehl 70%	9 300—10 300
Roggen	6 700	Weizenkleie	5200
Braugerste	7000—8000	Roggenkleie	5000
Hafer	7000—8000	Kartoffeln	2800—3100
Weizenmehl 70 %	19 500—20 500	Tendenz: fest.	

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säcke

Posener Viehmarkt vom 25. November 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. **Rinder:** A. **Ochsen** I. Sorte 6500—7500 M., II. Sorte 5000—5500 M., III. Sorte 2500—3000 M. B. **Bullen** I. Sorte 6500 bis 7500 M. II. Sorte 5000—5500 M., III. Sorte 2500—3000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 6500—7500 M. II. Sorte 5000 bis 5500 M. III. Sorte 2500—3000 M. D. **Kälber** I. Sorte 7500 bis 8500 M., II. Sorte 6500—7000 M.

II. **Schafe** I. Sorte —,— M. II. Sorte —.— M.

III. **Schweine:** I. Sorte 17 000—18 000 M. II. Sorte 15 000 bis 16 000 M., III. Sorte 13 000—14 000 M.

Der Auftrieb betrug: 59 Rinder, 48 Kälber, 10 Schafe, 12 Ziegen, 657 Schweine, 245 Ferkel (2000—2500 M. das Paar). Tendenz lebhaft.

Berliner Börsenbericht

vom 24. November.

Diskonto-Komm.-Anleihe	605.—	3½ % Pos. Pfandbriefe	20.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwartzkopf	1801.—	Polnische Noten	8.05
Hartmann Masch.-Aktien	1085.—	Auszahlung Warschau	8.—
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	859.—	Kriegsnoten	34.—
Schantung Eisenbahnanl.	665.—	Dollar	284.75
Neuguinea Comp.-Akt.	855.—	Englische Pfund	1135.—
R. Wolff	1125.—	Holländische Gulden	10125.—
4 % Pos. Pfandbriefe	25.—	Schweizer Franken	5410.—
		Danzig polnische Mark	—.—
		" " Noten	—.—

= **Danziger Börse** vom 25. November. Polnische Mark 8—8,1, Dollar 259,50, engl. Pfund 1125 M.

= **Warschauer Getreidebörse** vom 24. November. Weizen 11 750, Roggen 7400—7500, Kleie franko Lager Warschau 5300, Hafer franko Lager Warschau 6600 M.

Wie deutsche Blätter in Polen behandelt werden.

In Nr. 220 des „Pos. Tagebl." gaben wir unter obiger Ueberschrift eine Beschwerde des Verlegers des Kreisblattes für den Kreis Neutomischel wieder und berichteten darin auch von einem Vorgange mit dem Landwirt Wilhelm Fischer aus Marianowo, Post Belencin. Wie uns der genannte Verleger infolge einer verspäteten Mitteilung des Herrn Fischer erst jetzt mitteilt, erhält Fischer seine Kreiszeitung seit dem 1. November regelmäßig wieder. Beschwerdeführend war er Ende Oktober bei dem Verleger des Kreisblattes und teilte ihm mit daß er auf seine Reklamation beim Postamt in Wollstein gar keine Antwort erhalten hatte. Nun hatte das Postamt in Wollstein auf seine Beschwerde veranlaßt, daß ihm die Zeitung vom 1. November ab wieder zugestellt wird.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 25. November.

Die Kreistagswahlen im Kreise Wongrowitz.

Nachdem im Kreise Wongrowitz in 6 Wahlbezirken von 30 deutschen Kreistagskandidaten nur einige wenige für fähig befunden wurden, als Kreistagsvertreter zu fungieren, ist beschlossen worden, eine deutsche Liste überhaupt nicht einzureichen. Es ist die Parole ausgegeben worden, in allen 6 Wahlkreisen geschlossen für die sozialdemokratische Liste zu stimmen, und geschlossen wird so am Wahltage, dem 4. Dezember d. Js., das ganze Deutschtum des Kreises Wongrowitz seine Quittung für die Entrechtung bei der Wahl abgeben.

Falsche Tausend-Markscheine.

Von den hellen Tausend-Markscheinen, deren Umlauffrist bekanntlich am 15. Dezember d. Js. abläuft, sind den Kaufleuten und Gewerbetreibenden in den letzten Tagen durch die Banken und durch die Post eine Anzahl Scheine kassiert worden, weil sie gefälscht waren. Nach den von der Kasa Krajowa aufgestellten 19 Merkmalen der verschiedenen Fälschungen kann ein Laie die Echtheit eines Scheines nicht feststellen; selbst erfahrene Beamte haben Scheine für echt erklärt die von anderer maßgebender Seite als Fälschung bezeichnet waren und umgekehrt.

Wie uns hierzu mitgeteilt wird, nehmen sämtliche Banken die hellen Tausendmark-Scheine nur noch unter Vorbehalt an und der Einzahler muß dann damit rechnen, daß ihm eine Anzahl Scheine vernichtet werden. Es wäre richtiger gewesen, bereits früher das Publikum von amtlicher Seite über die Falsifikate aufzuklären. Es hätten dann nicht so viele Fälschungen in den Verkehr kommen können. Bei diesem plötzlichen Vorgehen der Banken kurz vor Fälligkeit der Scheine muß bei dem großen Umlauf gerade dieser Scheine mit Stockungen im geschäftlichen Verkehr gerechnet werden. Da es selbstverständlich ist, daß die Kaufleute und Gewerbetreibenden den Verlust nicht tragen können, ist es allen Inhabern von hellen Tausendmark-Scheinen nur zu empfehlen, daß sie sich die Echtheit des Scheines durch die Kasa Krajowa bescheinigen lassen.

× **Selbstmord durch Erhängen** beging gestern der 53 Jahre alte Schuhmacher Johann Julkowski in seiner Werkstatt Górna Wilda 63 (fr. Kronprinzenstraße) nach vorangegangenem Streit mit seiner Ehefrau. Zu der Tat hatte er sich durch das Trinken größerer Mengen Hoffmannstropfen Mut gemacht.

× **Gefunden** wurden in der Nacht zum Montag in der ulica Kolejowa (früher Bahnstr.) zwei gegerbte Felle, und zwar ein Reh- und ein Hundefell. Der Eigentümer kann sich im Zimmer 8 der Kriminalpolizei am plac Wolności (früher Wilhelmsplatz) melden.

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Im 8. Polizeikommissariat in der ul. Matejki (früher Neue Gartenstr.) befinden sich 8 Tauben, die einer des Diebstahls verdächtigen Person abgenommen wurden.

× **Einen wirklich „schweren" Einbruchsdiebstahl** verübten in einer der letzten Nächte mehrere Einbrecher bei einem Schmiedemeister in der ul. Szamarzewskiego 47 (fr. Kaiser Wilhelmstr.), indem sie einen zwei Zentner schweren Amboß und verschiedenes Handwerkzeug stahlen; der Geschädigte gibt den Wert der gestohlenen Sachen auf 10 000 Mark an. — Weiter wurden aus einer Wohnung des Hauses ulica Niegolewskich 10 (früher Augustastraße) größere Mengen Mund- und Tischtücher Bettlaken sämtlich E. W. gezeichnet, sowie ein Seehund-Damenpelz und -Muff und silberne Messer und Gabeln mit der eingravierten Jahreszahl 1856 Gesamtwerte von 200 000 M. gestohlen. Endlich stahl ein unbekannter Dieb einem Studenten, der im Soldatenheim der amerikanischen Fürsorgestelle in der ul. Grunwaldzka (fr. Auguste Viktoria-Straße) wohnt, einen grauen Mantel mit Skunkskragen und Ausweispapieren im Werte von 200 000 M.

w. **Wollstein**, 24. November. Am Dienstag fand in der evangelischen Schule unter dem Vorsitz des Kreisschulinspektors die Kreislehrerkonferenz der deutschen Lehrkräfte aus dem Wollsteiner Kreise statt, zu der 25 Lehrpersonen erschienen waren. Fräulein Kielpińska aus Altkloster hielt mit der ersten Klasse eine Lektion. Den Bericht über die Neuaufstellung der Stoff- und Stundenpläne für das erste Schuljahr nach dem neuen Ministerialprogramm hielt der Schulleiter der hiesigen evangelischen Schule Schoetinius. Kreisarzt Dr. Nowak sprach über ansteckende Krankheiten und Maßnahmen zu ihrer Verhütung und Bekämpfung. — Im Bieringschen Saale fand Dienstag abend auf Veranlassung des deutschen Schulvereins, Ausschuß für Geistespflege, ein Konzert, gegeben von Frau Charlotte Weise-Posen und Viktor Böckerich-Lissa, statt, das sehr gut besucht war und allen Teilnehmern einen hohen musikalischen Genuß brachte.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

E. Kl. in P. Ihr erster Brief ist nicht in unsere Hände gelangt, wir waren deshalb auch nicht in der Lage, Ihre Frage zu beantworten. Uns ist ein Gesetz über die Erhöhung der Pachtbeträge während der Dauer des Pachtvertrages nicht bekannt, aber es ist doch eigentlich selbstverständlich, daß Sie heut bei der Entwertung des Geldes nicht mehr den gleichen Betrag bezahlen können, wie im Jahre 1916. Wir nehmen an, daß sich die Gerichte ebenfalls auf diesen Standpunkt stellen und auf Auflösung des Pachtvertrages erkennen werden, wenn Sie sich nicht loyalerweise mit einer Erhöhung der Pachtsumme einverstanden erklären.

S. H. in J. Ihre Schwester muß sich mit der Rückzahlung des Geldes in polnischer Valuta zufrieden geben.

R. F. in M. 1. Die Auskunft Ihres Starosten ist richtig Sie sind Reichsdeutscher, weil Sie, obwohl Sie hier geboren sind, von 1910—1914 außerhalb des ehem. preußischen Teilgebiets Ihren Wohnsitz gehabt haben. 2. Ihr Grundstück kann liquidiert werden.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Posnan.

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva.

Posten		Betrag
Kassenbestand	Mk.	1 120 044.12
Geschäftsguthaben bei der Provinzial-Genossenschaftskasse für Posen	„	25 000.—
Postscheck-Konto	„	65,42
Effekten-Konto	„	81 062 87
Prima-Wechsel	„	3 878 000 —
Sola-Wechsel und Lombard	„	348 730 —
Kontokorrent-Konto	„	10 336 753.26
Grundstück	„	55 000,—
Stahlkammer	„	4 500 —
Inventar	„	1 000.—
Summe der Aktiva	Mk.	15 850 155.67

Passiva.

Posten		Betrag
Geschäftsguthaben der Genossen	Mk.	192 950 —
Reservefonds	„	41 317.84
Betriebsrücklage	„	40 883,—
Verwaltungskosten-Reserve	„	150 000,—
Schuld bei der Provinzial-Genossenschaftskasse für Posen	„	2 783 932.13
Kontokorrent-Konto	„	6 806 291 09
Spareinlagen	„	5 695 964 43
Dividenden-Konto	„	55,25
Anticipando-Zinsen-Konto	„	35 179 95
Summe der Passiva	Mk.	15 746 573 69
Reingewinn	Mk.	103 581 98

Zahl der Genossen am Anfange des Geschäftsjahres: 192.
Zugang: 19. Abgang 42.
Zahl der Genossen am Schlusse des Geschäftsjahres: 169.
Die Geschäftsguthaben der Genossen vermehrten sich in dem Geschäftsjahr um Mk. 120 200,—; die Haftsummen vermehrten sich um Mk. 159 000,—; am Schlusse des Geschäftsjahres betrug die Gesamthaftsumme Mk. 1 678 000,—.

Wągrówiec, den 17. November 1921.

Spar- und Darlehnsbank,
Sp. z. z o. odp.
Lewin. Technau.

Deutschtumsbund

erbittet und vermittelt Arbeitsaufträge für in der Existenz geschwächte Handwerker der Stadt und Provinz. Aufträge nimmt entgegen die
Geschäftsstelle Poznań,
Waly Leszczynskiego 2 (früher Kaiserring).

Infolge Räumung des Platzes verkaufe ich
diverse Baugeräte
als: Materialienaufzüge, transp. Gleis (60 Spur), 2 Kippwagen, lose Schienen, Drehscheiben, Bolzen, eiserne Schwellen, Nägel, 4" Wagen, Ketten, Kreuzhacken, Stopfhacken, Oelkannen, Rammgerüste, Winden, 1 starken Flaschenzug, Bagger, 1 Verdeckwagen, Kutschgeschirre, 40 qm 6—8 cm Korkplatten, Ziegeldrahtgewebe, diverse Tonrohre und Grenzsteine, 1 großes eisernes Benzinfaß und and. Geräte. Sämtliche Geräte sind betriebsfähig. Besichtig. kann v. 2. Dezbr. erfolgen. [3999]
Leo Seelig, Zbąszyń, Marszałkowska 3.

5 Mon. alte Eber u. Sauen
der reinen Yorkshire-Herde
stehen zum Verkauf.
Fideikommiß Iłówiec (Iltsche), Station Iłówiec.

Tausche meine ca. 140 Mrg. gr. Wirtschaft, gut. Boden mit Rieselwiesen und Torfstich, in größerem Dorfe, 4 Kilometer von Kreisst., mit reichlich leb. u. tot. Inv. kompl., **gegen gleichw. Wirtsch. i. Deutschland.** Offerten u. **H. L. 4022** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Welcher Pole Deutschlands **tauscht** mit einem Deutschen in Polen, f. gutgeh.
Gastwirtschaft
mit Saal,
dazu 4 Mrg. gute Wiese und groß. Obstgarten. Ang. u. **F. D. 4000** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Prima oberschles. Hüttenkoks
hat bei waggonweisem Bezuge abzugeben [Par 508
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe - Poznań
Kałużny i Werner
Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3. Telephon 1296 und 3871.
Telegramm-Adresse: Werner Kohlenvertrieb.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag 10: Gd. Greulich. — 11: Kgd. Ders. — 5: Kand. Kienitz.

Kicin. Sonntag, 3: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgd. Schneider. — Sonntag, 10: Gd. Haenisch. — 11½: Kindergottesd. Schneider. — Mittwoch, 6: Adventsgd. Ders. — Amtswoche: Haenisch.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Staemmler. 11¾: Kindergd. Stuhlmann. — Mittwoch, 6: Bibelstd. Staemmler. — Donnerstag und Freitag, 6: Evangelis.-Vortrag. Vincent. — Amtswoche: Stuhlmann.

Ev.-luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10: Pr. 12: Christenl. Jungermann.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Pred. Büchner. — 12: Kgd. Ders.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Brummack. 11½: Kindergd. Ilse. — Freitag, 4: Vorst.-Sitzung der Frauenhilfe. 6: Bibelstunde. Ilse.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. Kammel. — 11¼: Kindergd. Ders. — Donnerstag, 8: Jungfrauenverein. Rhode. — Freitag, 6: Adventsgottesdienst. Ders.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgd. Sarowy. — Sonntag, 10: Gd. Ders.

Christl. Verband junger Mädchen. Sonntag 4: Vers. im Diakonissenhause.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 6: Staemmler, Deutschtum u. Evangelium III. — 8: Abendand. — Montag, 7½: Blasen. — Mittwoch, 7: Bibelstd. 8: Bespr.-Abd. — Donnerstag, 7½: Blasen. — Sonnabend, 7½: Wochen-Schl.-And. 8: Polnisch.

Gassenheim. Jetzt immer Dienstags ½3: Konf.-Unterricht.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Pred. Miksa. 11¼: Sonntagsschule. 2½: poln. Gdst. Ders. 4: Pred. Ders. 5½: Jugendverein. — Mittwoch, 7: Gebetsstd.

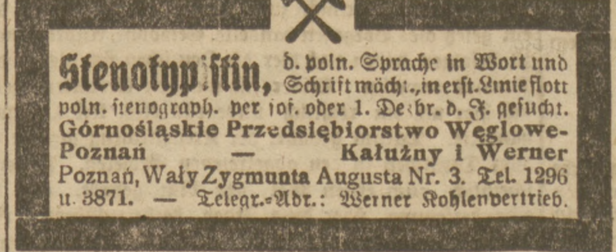
Kleineisenzeug f. Feldbahn u. Normalgleise sowie **Laschen, Laschenschrauben, Schienennägel, Tirifonds, Klemmplatten, Universalbolzen,** ferner: **Lagermetall, Lager, Holzschwellen** für Schmal- u. Normalspur prompt v. Vorrat preisw. lieferb. **Smoschewer i Ska.** T. z o. p., Bydgoszcz.

Büchsflinte,
16×11.65, Wechselläufe 16×16, 1914 auf Bestellung gebaut, Saugverschluß, schön graviert, gut erhalten, Ia. im Schuß, sehr gute Lage, viel Zubehör ca. 90 Kugelpatronen 60 Messinghülsen, Kal. 16, Kugelformzange, Setzer, nicht aufmont. Zielfernrohr u. a. ist geg. Angeb verkäufl. Retourmarke. Offerten u. **4014** an die Geschäftsstelle dies. Blattes erb.

Goldene Armbanduhr,
neues, eleg. Kostüm und Mantel zu verkaufen.
Weiche, ulica Traugutta 5.

Arbeitsmarkt

Dom. Bralin, Kr. Kępno, sucht bis spätest. 1. Jan. 1922 einen gebildeten, evgl., jüngeren
Wirtschafts-Assistenten.
Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche unter **P. M. 3961** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.





Stellengesuche

Junge Witwe sucht von sof. oder später **Stellung als Wirtin** Frauenloser Haush. bevorz. Gefl. Off. u. **M. G. 4023** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Landwirt, 21 J. alt, Oberschles., kath., poln. sprechend sucht z. sof. od. sp. Stell. a. größerem Gute als
2. Beamter.
Bin als 2. Beamter auf meiner Lehrst. tätig. Gefl. Off. u. **J. 3956** a. d. Geschäftsst.

Oberförster, Deutscher, z. Zt. im polnischen Staatsdienst, **sucht gleiche Stellung** für bald od. später im Privatdienst in den ehem. preuß. Teilgebieten. Gefl. Zuschriften unter **3858** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Rechnungsführer sucht bald Stellung.
Landwirt **Piskoll,** Ciszy, p. Chodzież.



Großer Saal des Evangl. Vereinshauses. Sonntag, d. 27. Nov., abds. 7 Uhr:
Volkstümlicher Liederabend
Frl. Henny Fuchs
Eintrittskarten zu 120, 80 u. 60 M. in der Evgl. Vereinsbuchhdlg. Schüler zahl. auf allen Plätzen die Hälfte.

Deutscher Theaterverein.
Volkstümliche Vorstellung
zu ermässigten Preisen.
Zum letzten Male:
Montag, 28. Nov., abds 8 Uhr, im Saal des Zool. Gartens:
Der Waffenschmied
Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.
Eintrittskarten zu 250, 150 und 75 Mark einschl. Steuer, in der Ev. Vereinsbuchhdlg. (ul. Wjazdowa.).

Spielplan des „TEATR WIELKI" m. Poznania

Freitag,	den 25. 11. um 7½ Uhr: **„Pajace und Widma".**
Sonnabend,	den 26. 11. um 7½ Uhr: **„Tiefland",** Oper von E. d'Alberto.
Sonntag,	den 27. 11. um 3 Uhr nachm.: **„Der Barbier von Sevilla".**
Sonntag,	den 27. 11. um 8 Uhr: **„Symphonie-Konzert".**

Landwirt, 25 Jahr, evangel., **sucht,** da er in Kürze heimatl. Scholle übernimmt, **Lebenskameradin** von angenehmem Aeußern, auch ohne Vermögen gleich ob Stadt od. Land. Gefl. Zuschr. mögl. m. Bild u. **E. J. 4024** a. die Gesch. d. Bl. erb. Diskr. u. Zurück. d. Bild Ehrens.



Grundstück
mit **Schmiede** zu kaufen gesucht. Anzahl. in Deutschl. Off. u. **4018** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche gutgehendes
Kolonialwarengeschäft mit 2—3 möbl. Zimmern
in der Stadt oder Umgegend Poznańs. Offerten u. **4008** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Für Amerikaner!
Eine Musterwirtschaft im Kr. Środa mit sehr gutem lebend. und toten Inventar zu verkaufen. Nur Selbstkäufer erhalten persönlich Auskunft. Gefl. Ang. u. **F. N. 4009** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Für Amerikaner
Hausgrundstück in Stadt mit 5 Morgen Land und gutgehender Stellmacherei mit Holzvorrat sofort zu verk. Auch f. Tischler geeign. Gefl. Angebote u. **2606** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

1 Centrifuge,
1 Häckselmaschine,
ca. 500-600 Dachsteine,
gebr., umständehalber bill. zu verk. Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Welche edeldenk. Dame od. deren Eltern würden jg., kath. Kfm., verm., zu einer Existenz, gleich welcher Art, verhelfen? Spätere **Heirat** erwünscht. Off. u. **C. G. 4017** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zum sofort. Verkauf stehen preisw. ein eleg., schwarzlack., offener herrschaftlicher
Galawagen
ferner noch ein gut erhaltenes **Zinkfaß,** inhaltfassend 750 l. Gefl. Ang. u. **S. S. 4016** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wenig gebr. **Zentrifuge** (60 Liter stündlich) ist umständehalber zu verkaufen. Offerten unter **4012** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Gelegenheitskauf.
Oelgemälde, 185×130 Kunstwert eines deutschen Meisters, spottbillig zu verkaufen. [4013
Pawlak,
Marsztalarska 8 a, II Tr.

Sauerkraut, saure Gurken u. Pfeffergurken
in Waggonladung u. Stückgutversand empfiehlt
Hermann Appelbaum,
Rawicz. 4015

Obstbäume, Fruchtsträuch., **Alleebäume, Rosen Spargel- Erdbeer- Heckenpflanzen usw.** liefert laut Sorten- u. Preisverzeichn.
Aug. Hoffmann,
Baumschulen,
Gniezno.